



Klausurbeschluss der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 15.01.2016

ARMUT BEKÄMPFEN, SOZIALE GERECHTIGKEIT STÄRKEN, TEILHABE SCHAFFEN

Berlin befindet sich im Aufwärtstrend, erlebt einen starken Zuzug, es geht bergauf. Das ist das Bild von Berlin, das die herrschende Koalition der Öffentlichkeit vorgaukeln will. Was dabei verschwiegen wird: Ein großer Teil der Berlinerinnen und Berliner konnte von dem Aufschwung in der Stadt bisher nicht profitieren. Stattdessen spitzt sich die soziale Spaltung weiter zu. Die Armutsquote ist gestiegen, von 17 Prozent in 2006 auf 21,4 Prozent in 2013.¹ Die Erwerbslosigkeit ist im deutschen Vergleich weiterhin sehr hoch², die Zahl der Langzeitarbeitslosen bleibt nahezu konstant und jedes dritte Kind lebt in einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II.³ Wenn inzwischen beliebte Kieze im Innenstadtbereich eine „soziale Aufwertung“ erfahren, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass parallel eine Verdrängung in die äußeren Stadtbezirke stattfindet. Soziale Brennpunkte verschwinden nicht, sie verlagern sich lediglich geographisch oder haben sich sogar verfestigt.⁴

Das ist vor allem die Folge von politischem Versagen auf Landesebene. Der starke Zuzug von Menschen in den letzten Jahren macht die Versäumnisse der Sozialpolitik in der Vergangenheit nun noch sichtbarer. Wo die vorhandenen Hilfesysteme schon vorher den Bedarf kaum decken konnten, stehen sie bei der wachsenden Bevölkerung nun noch stärker unter Druck. Es rächt sich bitter, dass der soziale Wohnungsbau schon vor Jahren aufgegeben und keine neuen Wohnungen gefördert wurden, dass eine verfehlte Sparpolitik weite Teile der Verwaltung, insbesondere in den Bezirken, handlungsunfähig gemacht hat und dass dringende Investitionen in die soziale Infrastruktur schon viel zu lange unterlassen werden. Das alles ist das Resultat einer verantwortungslosen und unsozialen Landespolitik der letzten drei Regierungen unter Rot-Rot und aktuell unter Rot-Schwarz.

Es braucht in Berlin eine entschiedene Kurskorrektur. Wir von Bündnis 90/Die Grünen sehen in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine Schlüsselaufgabe für das wachsende Berlin. Verfestigte Ungleichheiten müssen endlich wirkungsvoll angegangen und neue Konflikte mit aller Kraft vermieden werden. Dabei muss es auch um eine gerechtere Verteilung der Ressourcen gehen, denn das ist eine zwingende Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase, um die richtigen Weichen zu stellen, damit sowohl die alteingesessenen Berlinerinnen und Berliner als auch Neuankommende gleiche Teilhabechancen haben und in gleichem Maße vom Aufschwung der Stadt profitieren können.

Nur unter Berücksichtigung der vielen Dimensionen von Armut kann die richtige politische Antwort gegeben werden: es braucht eine abgestimmte, **ressortübergreifende Handlungsstrategie**. Das erfordert koordinierte Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern, die von Politik, Verwaltung, Trägern und Verbänden, Fachleuten und im Dialog mit Betroffenen gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden müssen. Eine besondere Bedeutung haben für uns Grüne, neben einem guten Hilfesystem für akute Krisensituationen, vor allem **präventive Maßnahmen**, also die Verhinderung von sozialer Ungleichheit durch die Bekämpfung der Ursachen. So können Armutsrisiken frühzeitig verhindert werden. Das ist insbesondere für Kinder und Jugendliche von Bedeutung, denn bei ihnen geht es um die Weichenstellung für das ganze weitere Leben. Alle Maßnahmen können nur Erfolg haben, wenn dabei die vorhandenen Ressourcen im **Sozialraum** erkannt, genutzt und miteinander vernetzt werden. Als Planungsgrundlage brauchen wir Daten, die die Zusammenhänge unterschiedlicher Lebenslagen der Menschen sichtbar machen. Wir halten den **„Entwurf für eine integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung“** der Landesarmutskonferenz Berlin für eine zentrale Voraussetzung, um Armut ressortübergreifend und nachhaltig abbauen zu können.

Schon im Jahr 2010 hat die Landesarmutskonferenz in einer Resolution eine gesamtstädtische Strategie zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung von der Politik gefordert. Passiert ist trotz mehrerer Ankündigungen durch den Senat bis heute nichts. Wir von Bündnis 90/Die Grünen gehen deshalb voran und schlagen hiermit für die verschiedenen Politikbereiche konkrete Maßnahmen vor, um Armut und soziale Ausgrenzung in Berlin wirksam zu bekämpfen und mehr Chancengleichheit zu schaffen. Sowohl Geflüchtete als auch besonders armutsgefährdete bzw. arme Gruppen wie Langzeiterwerbslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung und zunehmend auch ältere Menschen berücksichtigen wir dabei in den einzelnen Handlungsfeldern direkt mit.

Grundstein für die Zukunft – gute Chancen für die Kleinsten schaffen

Die Armut von Kindern und Jugendlichen beginnt mit der Armut der Familien. Sie beeinflusst potenziell die gesamte Entwicklung, belastet die Gesundheit, schränkt Teilhabemöglichkeiten ein und schmälert die Bildungschancen eines Menschen von Anfang an. Es muss alles getan werden, um für Kinder und Jugendliche Chancengerechtigkeit zu gewährleisten. Davon ist Berlin noch

weit entfernt: Mehr als jedes vierte Kind wächst in einem Haushalt auf, dessen Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze liegt. Wir Grünen fordern:

- ein **rechtskreisübergreifendes Netzwerk**, in dem Behörden ressortübergreifend zur Bekämpfung von Kinderarmut mit Jobcentern und Freien Trägern zusammenarbeiten,
- **Verbesserung der sozialen Infrastruktur**: ein flächendeckendes, wohnungsnahes Angebot von Familienzentren, Nachbarschaftseinrichtungen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Sport- und Kulturangeboten,
- **für jedes Kind ein wohnortnaher Kitaplatz** mit guter Betreuungsqualität,
- Entbürokratisierung des **Bildungs- und Teilhabepakets**,
- zügige Hilfe durch **Schuldnerberatung und Soziale Wohnhilfe**,
- **Spezialangebote für wohnungslose Familien** in der Wohnungslosenhilfe.

Investitionen in die Bildung reduzieren systematisch das Armutsrisiko

Wer frühzeitig und nachhaltig in Bildung investiert, wird auf Dauer das Armutsrisiko Stück für Stück senken. Dies setzt in der frühkindlichen Bildung in der Kita an und muss über die Grundschule bis zum Abschluss nahtlos fortgesetzt werden. Dazu gehört für uns Grüne:

- **Grundschulen stärken**: Bezahlung der Lehrkräfte an die Oberschulen angleichen und mehr Ressourcen für Kinder mit Förderbedarf,
- **Geflüchteten Kindern und Jugendlichen faire Startchancen bieten**: mit einem Bonusprogramm für Willkommensklassen, das von einer bezirklichen Service-Stelle organisatorisch unterstützt wird,
- **MigrantInnen an die Bildungsspitze**: Ausbau mehrsprachiger Angebote, Anwerbung von LehrerInnen mit Migrationshintergrund und Nachqualifizierung bei einem Lehramtsabschluss aus dem Ausland,
- **Gleichwertigkeit unterschiedlicher Wege anerkennen**: Qualität zählt und nicht die Schulform, wichtig ist langes gemeinsames Lernen, frühzeitige Bildungswegeberatung und der konsequente Ausbau des dualen Lernens,
- **Oberstufenzentren als Schlüsselinstitution gegen Armut**: mehr psychosoziale Angebote und Jugendberufshilfe sowie ein aktives Qualitätsmanagement.

Wege aus der Armut – Erwerbsbeteiligung verbessern

Zukunftsfähige Arbeitsplätze und die erfolgreiche Integration von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt sind die Hauptziele zur Prävention von Armut. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Existenz sichernde Arbeit, die fair bezahlt und auf der Grundlage guter Arbeitsbedingungen gestaltet ist. Die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und der wachsende Niedriglohnsektor zeigen den hohen Handlungsbedarf in Berlin auf. Wir fordern:

- Mehr **Qualifizierung vor und für Beschäftigung**,
- Verbesserte **Kundenorientierung** der Jobcenter,
- Umsetzung des **Aktiv-Passiv-Transfers** auf Bundesebene für einen **sozialen Arbeitsmarkt**,
- Ein **Landesbeschäftigungsprogramm für GrundsicherungsempfängerInnen**,
- **Abschaffung der Arbeitsverbote** für Geflüchtete und die **Ausweitung der Ermessensspielräume** bei der Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis durch die Ausländerbehörde und die Bundesagentur für Arbeit,
- Vereinfachung der **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse**,
- Schaffung einer neuen Leistungsbeschreibung **„Beschäftigung mit Zuverdienst“**,
- Ausbau des **inklusiven Arbeitsmarktes** durch das „Budget für Arbeit“ und das „Persönliche Budget“.

Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen – Wohnungslose brauchen eine Lobby

Der Verlust des eigenen Wohnraums ist eine besondere und existenziell bedrohende Dimension der Armut. Leider sind dem bundesweiten Trend folgend auch in Berlin die Zahlen steigend, schätzungsweise 15.000 Menschen sind wohnungslos und 9.000 Haushalte von einer Zwangsräumung bedroht. Der Senat unternimmt dagegen viel zu wenig, neue Leitlinien für die Wohnungslosenpolitik, die die strukturellen Weichen der Wohnungslosenhilfe stellen, lassen seit fast einem Jahrzehnt auf sich warten. Wir wollen das Problem zunehmender Wohnungslosigkeit endlich in den Fokus der Sozial- und Wohnungspolitik rücken. Dazu schlagen wir vor:

- **Kältehilfe** bedarfsgerecht ausbauen und finanziell stärken: **1000 Plätze in der Kältesaison, 500 Plätze ganzjährig, davon 25 Prozent für Frauen**; das **Geschützte Marktsegment** ausbauen,
- Auch vertragsfreie Unterkünfte sollen verpflichtet werden, **sozialpädagogische Unterstützungsleistungen** anzubieten,

- **Prävention: Prinzip der aufsuchenden Hilfe** durch Sozialämter und soziale Träger bei drohendem Wohnraumverlust wieder einführen, zusätzlich **25 neue Stellen für die Straßensozialarbeit und in jedem Jobcenter eine kostenlose Mieterberatung,**
- **Überarbeitung der AV-Wohnen** für Richtwerte, die den tatsächlichen Kosten für Miete und Heizung entsprechen und rechtlich garantierte **Mietschuldenübernahmen** schnell gewähren, um den Wohnraum zu erhalten,
- **Moratorium für Kostensenkungs- und Umzugsaufforderungen,**
- Besondere Verantwortung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften: **66 Prozent statt 55 Prozent** der Wohnungen sozial vergeben,
- **Landeseigene Liegenschaften** vermehrt an Soziale Träger vergeben, **Trägerwohnungen** besonders **mietrechtlich schützen und** Wohnraumförderung für besondere Bedarfsgruppen in **städtebaulichen Verträgen** stärker berücksichtigen,
- **Gründung von Stiftungen und Genossenschaften fördern,** die spezielle Wohnangebote für Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen bereitstellen,
- **Sanierungsfonds für Wohnungen in privatem Besitz** in Höhe von 5 Mio. Euro und **höhere Neuförderung bei sozialer Wohnraumversorgung** für besondere Bedarfsgruppen,
- Bezirke in die Lage versetzen, spekulativen **Leerstand** für Menschen ohne Wohnung **nutzbar zu machen,**
- mehr **Unterkünfte für Geflüchtete** in allen Stadtteilen schaffen, dabei auch Anbieter nachhaltiger **Holzmodulbauten** und anderer innovativer Lösungen (Umnutzung von Bestandsbauten, z. B. Haus der Statistik) heranziehen und Nutzungsmischungen durch die Beteiligung vielfältiger Akteure sicherstellen,
- **Neufassung der Leitlinien der Berliner Wohnungslosenhilfe** mit detailliertem Projekt- und Umsetzungsplan sowie ein Finanzierungs- und Zuständigkeitskonzept unter Einbeziehung aller Akteursgruppen.

Gleiche Chancen auf eine gute Gesundheit für alle Berlinerinnen und Berliner

In Berlin lässt es sich leider genau beobachten: Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, haben deutlich erhöhte Gesundheitsrisiken. Wir wissen, Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Um gleiche Chancen auf eine gute Gesundheit herzustellen, braucht es eine gezielte Förderung der Gesundheit sozial benachteiligter Gruppen. Das erfordert aus unserer Sicht:

- alle vorhandenen **Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung** in einem breiten Konsultationsprozess **bündeln und auf Ziele 2025 ausrichten**,
- **ÖGD reformieren** und durch bessere finanzielle Ausstattung attraktiver machen,
- Soziale und gesundheitliche Belastungen in den Bezirken bei der **Versorgungsplanung** stärker berücksichtigen, dazu u. a. **bezirkliche Gesundheitsgremien** aufbauen, die die bezirkliche Bedarfsplanung mit allen Akteuren strukturieren,
- **Sektorübergreifende Versorgung** gewährleisten: sowohl ambulant und stationär, als auch zwischen Prävention, Rehabilitation und Pflege,
- **Lösungen für Menschen ohne Krankenversicherung** bieten: Gesundheitskarte mit adäquaten Leistungen für Geflüchtete, ein Hilfsfonds, der Anonyme Krankenschein.

Gegen Armut im Alter – aktiv im Kiez eingebunden, und zwar alle

Eine eingeschränkte Teilhabe am sozialen Leben kann sowohl das Ergebnis von Armut sein, als auch Notlagen weiter verstärken. Um soziale Ungleichheit abzubauen ist es unerlässlich, eine aktive Teilnahme ALLER Berlinerinnen und Berliner am gesellschaftlichen Leben konsequent zu fördern. Das kann nur erfolgreich gelingen, wenn man berücksichtigt, dass manche Gruppen eine schwierigere Ausgangsposition haben, das gilt insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Wenn solidarisches Zusammenleben gelingen soll, muss hier ein bewusster Ausgleich geschaffen werden. Das setzt voraus:

- Durch **bewusste Stadtentwicklung** genügend Sitzmöglichkeiten, ausreichend öffentliche Toiletten und barrierefreie Zugangsmöglichkeiten schaffen,
- Konzepte zur **Begegnung zwischen den Generationen gezielt fördern**: z. B. offene Mittagstische von Schulen oder Pflegeheimen,
- **Gute Verzahnung** zwischen Mobilitätshilfediensten, den Sonderfahrdiensten und dem ÖPNV,
- **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** durch eine umfassende und nachhaltige **Ehrenamtsstrategie**,
- **Teilnahme am digitalen Leben** auch für Ältere sicherstellen durch gezielte **Schulungsangebote**,
- ein **Online-Portal** schaffen, das Angebote für SeniorInnen zusammenfasst und die Informationen barrierefrei zur Verfügung stellt,

- bezirkliche Aktivitäten durch eine **Leitstelle zum Älterwerden** in Berlin koordinieren und kommunizieren,
- zur **Teilnahme am kulturellen Leben** der Stadt gezielte Kulturprogramme für Ältere und Menschen mit Behinderung stärken.

In der ganzen Stadt mobil – unabhängig vom Einkommen

In Berlin ist es für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unerlässlich, über die Kiez-Grenzen hinweg mobil zu sein. Dabei ist das auch eine Kostenfrage und für einkommensschwache Haushalte ist weder das Auto noch der ÖPNV problemlos erschwinglich. Soziale Brennpunkte sind nicht selten schlecht an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden und höheren Umweltbelastungen durch Lärm und Abgase ausgesetzt. All das muss berücksichtigt und angegangen werden:

- **Preis für das Sozialticket deutlich senken** und mittelfristig kann ein BürgerInnenticket preiswerte Mobilität ermöglichen,
- **Schwarzfahren nur als Ordnungswidrigkeit** und nicht als Straftat ahnden,
- beim **Ausbau des ÖPNV** stärker Kriterien der soziale Stadtentwicklung berücksichtigen,
- bei **Standorten für die Modulbauten** für Geflüchtete eine gute Anbindung an den ÖPNV gewährleisten,
- **Fuß- und Radverkehr stärken:** Für BesitzerInnen des berlinpass soll bei den Leihfahrrädern die erste halbe Stunde kostenlos sein,
- Erkenntnisse aus dem **Forschungsvorhaben „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“** in die Tat umsetzen.

Chancengleichheit schaffen – Diskriminierung überwinden

Es fällt schwer zu akzeptieren, aber auch im Jahr 2016, in der weltoffenen Stadt Berlin, ist eine „nichtdeutsche Herkunft“ der Familie immer noch ein Hindernis für den sozialen Aufstieg. Das Armutsrisiko von Menschen mit Migrationshintergrund ist mit 27,2 Prozent knapp doppelt so hoch wie das der Berliner Gesamtbevölkerung.⁵ Grüne Integrationspolitik hat als oberstes Ziel, Diskriminierung und Hindernisse wirksam abzubauen, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Das bedeutet für uns:

- In der Bildungspolitik mit gezielter Förderung einen Schwerpunkt darauf legen, endlich **gleiche Bildungschancen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund** zu erreichen,

- Angebote für **Qualifikation und Sprachangeboten** für MigrantInnen massiv ausbauen,
- Die **Anerkennung ausländischer Qualifikationen** deutlich vereinfachen und Ermessensspielräume nutzen,
- **Konsequente Anti-Diskriminierungspolitik**, die Beschwerdestellen schafft, Personal von der Schule über die Job-Center bis in alle Verwaltungsbereiche schult und die Barrieren für Menschen mit erkennbarem Migrationshintergrund konsequent abbaut. Das Anonymisierte Bewerbungsverfahren wird zum Standard in allen öffentlichen Einrichtungen,
- **Migrantenselbstorganisationen** bei allen Vorhaben als kompetente PartnerInnen in Planung, Nachsteuerung und Evaluation einbeziehen.

- 1 Vgl. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.: „Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014“, Februar 2015, S. 10. Bei der Berechnung der „relativen Armutsquoten“ werden, wie in der EU üblich, Personen in Haushalten gezählt, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen (Median) bedarfsgewichteten Einkommens in Deutschland beträgt.
- 2 Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2015.
- 3 Vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales: „Gesundheits- und Sozialstrukturatlas für die Bundesrepublik Deutschland“, Januar 2015, S. 35.
- 4 Vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales: „Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013“, S. 16.
- 5 Vgl. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales: „Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013“, S. 174. Diese Angabe bezieht sich auf das durchschnittliche Einkommen im Land Berlin und würde bezogen auf das durchschnittliche Einkommen in Deutschland noch höher ausfallen.